

Pressemitteilung

Baugenehmigungen: Halbjahresbilanz fällt zwiespältig aus

Zahlen steigen – aber: Was genehmigt wird, wird noch lang nicht gebaut.
Wohnungsbaukrise noch nicht überwunden

37/26
Berlin, 18.08.2026

„Die Halbjahresbilanz fällt zwiespältig aus: Von Januar bis Juni 2026 wurden 126.300 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neu- und Umbau) genehmigt. Dies ist zwar ein Plus von 15,1 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2025. Die Zahl der Baugenehmigungen bewegt sich damit aber noch immer auf dem Niveau des ersten Halbjahres 2011. Auch die Auftragseingänge bleiben fragil, was zeigt, dass immer noch wenig gebaut wird. Mehr als ein Drittel der befragten Wohnungsbauunternehmen erwarten laut Ifo-Konjunkturumfrage im zweiten Halbjahr sogar eine ungünstigere Entwicklung. Hohe Zinsen und Baukosten halten den Wohnungsbau weiter im Würgegriff. Es braucht daher mehr Initiativen der Bundesregierung gegen eine Wohnkrise, die bereits mehr als 5 Jahre anhält“ kommentiert Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, die heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen.

Die Baugenehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern haben mit rund 31.700 (+ 15,9 Prozent) im ersten Halbjahr 2026 gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen positiven Trend (auf niedrigem Niveau) verzeichnet. Das wichtigste Segment für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung ist aber der Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, auf den zwei Drittel des Neubaus entfällt. Hier ist das Genehmigungsvolumen im ersten Halbjahr 2026 auf rund 67.000 Wohnungen (+ 16,9 Prozent) gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen.

Müller: „Angesichts des hohen Bedarfs wird die Wohnraumknappheit auch eines der wichtigsten Themen in den kommenden Landtagswahlen werden. Dabei ist klar: Der Wohnraumangel kann nur durch stärkeren Neubau, Nachverdichtung und Aufstockung bekämpft werden. Eine schärfere Mietenregulierung oder Vergesellschaftungsfantasien schaffen dagegen nur neue Unsicherheiten für öffentliche und private Wohnungsunternehmen, aber keinen neuen Wohnraum. Bund und Länder müssen deshalb weiter daran arbeiten, Bauen zu ermöglichen, statt zu verhindern. Der Bund kann dabei vornehmlich im Bereich der Finanzierung aktiv werden und muss endlich einen BauTurbo II vorlegen, mit neuer Förderkulisse für EH55 Gebäude, einer erhöhten Sonderabschreibung und eigenkapitalunterstützender Darlehen. Auch das Gesetz für den Gebäudetyp E muss nach der Sommerpause schnell durchs Parlament. Die Länder müssen wiederum daran arbeiten, einfaches Bauen durch ihre Landesbauordnungen abzubilden und unnötige Anforderungen an neue Gebäude zu streichen.